

Niederschrift

über die 17. ordentliche öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Kreisausschusses am 29.08.2011 im Kreisausschusssaal der Kreisverwaltung Teltow-Fläming, Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Landrat

Herr Peer Giesecke

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Kornelia Wehlan

Herr Detlev von der Heide

Herr Bernd Habermann

Herr Fritz Lindner

Frau Ria von Schrötter

Frau Heide Igel

Herr Dirk Hohlfeld

Herr Hans-Jürgen Akuloff

Herr Michael Wolny

Frau Gertrud Klatt

Vertretung für Herrn Danny Eichelbaum

Verwaltung

Herr Holger Lademann

Herr Detlef Gärtner

Herr Dieter Albrecht

Herr Horst Bührendt

Beigeordneter und Dezernent III

Beigeordneter und Dezernent IV

Dezernent I

Dezernent V

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Dr. Irene Pacholik

Herr Danny Eichelbaum

Herr Matthias-Eberhard Nerlich

Herr Michael Baumecker

Herr Andreas Noack

Verwaltung

Frau Kirsten Gurske

Erste Beigeordnete und Dezernentin II

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:00 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Mitteilungen des Vorsitzenden
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der 16. ordentlichen Sitzung des Kreisausschusses am 6. Juni 2011
- 3 Anfragen der Abgeordneten
- 4 Arbeitsgruppe zur strategischen Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung im Landkreis Teltow-Fläming 4-1014/11-LR
- 5 Festlegung des Themas für den Neujahrsempfang des Landkreises Teltow-Fläming 2012 4-1016/11-LR
- 6 Führung von Rechtsstreitigkeiten 4-0981/11-I

Nichtöffentlicher Teil

- 7 Information des Landrates zum Vertrag mit der Stadt Ludwigfelde zur Entmietung eines Wohnhauses
- 8 Anfragen der Abgeordneten
- 9 Genehmigung der Eilentscheidung zur Vergabe der Lieferung von 13 PKW 4-0934/11-I/1
- 10 Grundstücksverkauf in Berlin-Tiergarten 4-0971/11-III
- 11 Grundstücksverkauf in Zossen 4-1017/11-III
- 12 Bestellung von Sicherheiten für Dritte 4-1020/11-III

Öffentlicher Teil

TOP 1

Mitteilungen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende des Kreisausschusses Herr Landrat Giesecke begrüßt die Abgeordneten und Gäste und stellt die Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest.

Herr Landrat Giesecke informiert, dass die Kündigung des Mietvertrages für die Neue Galerie in Wünsdorf eine rein vorsorgliche Maßnahme ist, um den Mietvertrag dieses Jahr fristgemäß beenden zu können. Dies bedeutet jedoch noch keine Schließung der Galerie. Aufgrund der Haushaltssituation des Landkreises muss die Diskussion zur Weiterbetrieung der Galerie in den nächsten Wochen und Monaten mit den Abgeordneten geführt werden. Gespräche mit der Stadt Zossen zur möglichen Übernahme der Galerie wird es nach den Bürgermeisterwahlen geben.

Herr Landrat Giesecke informiert darüber, dass Herr Eichelbaum seine Mitgliedschaft im Kuratorium der Stiftung Bildung, Kultur und Sport der MBS gekündigt und bisher noch keinen Nachfolger benannt hat. Er bittet die CDU-Fraktion um einen Personalsvorschlag.

Frau Abg. Klatt wird als Mitglied im Kuratorium vorgeschlagen. Herr Abg. Wolny stimmt im Namen seiner Fraktion dem Vorschlag zu.

Herr Landrat Giesecke macht darauf aufmerksam, dass er gegenüber der MBS vorschlagsberechtigt ist und der Verwaltungsrat der MBS letztendlich darüber entscheidet.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der 16. ordentlichen Sitzung des Kreisausschusses am 6. Juni 2011

Einwendungen gegen die Niederschrift liegen nicht vor. Sie gilt damit als genehmigt.

TOP 3

Anfragen der Abgeordneten

Frau Abg. Wehlan informiert über ein Schreiben des Bürgermeisters von Blankenfelde-Mahlow, in dem es um die Ablehnung der Einführung einer verkehrsberuhigten Zone in der Ibsenstraße geht. Sie fragt, ob es Chancen gibt, hier Unterstützung zu geben.

Herr Albrecht, Dezernent I, stellt fest, dass der Antrag abschlägig beantwortet wurde. Die Straßenverkehrsbehörde hat diese Entscheidung aufgrund der Rahmenbedingungen, die die Lärmschutzrichtlinie Straßenverkehr vorgibt, getroffen. Durch Verkehrszählungen und Analysen wurde die Lärmschutzbelastung berechnet und festgestellt, dass diese am Tage und in der Nacht unterhalb der Grenzwerte liegt. Herr Albrecht stellt dar, dass die Grundlage für die Lärmbelastung durch die Entscheidung der Gemeinde – Fahrbahndecke mit Kleinsteinpflaster – selbst getroffen wurde. Die Gemeinde steht deshalb in der Pflicht, für ihre Bürger etwas zu tun. Deshalb sollte darüber nachgedacht werden, das Pflaster durch Bitumen auszutauschen. Die technischen Gutachten besagen, dass auch eine Reduzierung auf 30 km/h keine erwünschte Minderung des Lärmpegels bringt.

Herr Abg. Wolny zeigt sich verwundert über die Kenntnisnahme durch Frau Wehlan. Er verweist darauf, dass dieser Vorgang nicht durch die Gemeindevertretung gegangen ist.

Frau Abg. Wehlan macht darauf aufmerksam, dass es ein ganz normaler Vorgang ist, wenn sich ein Bürgermeister an Abgeordnete der Region wendet, um Unterstützung zu bekommen. Sie verweist darauf, dass es in dieser Region um ein besonderes Problemfeld der Viellärmung verschiedener Verkehrsträger geht.

Herr Landrat Giesecke merkt an, dass oftmals versucht wird, planerische Fehlentscheidungen über verkehrsrechtliche Anordnungen zu heilen.

Frau Abg. von Schrötter führt aus, dass die Anwohner der Straße eine Entlastung brauchen. Sie plädiert dafür, dass die Gemeinde ihre Fehlentscheidung revidiert, indem sie zeitnah in ihre Planung einen Straßenbelag aufnimmt, der weniger Lärm macht und dass bis dahin eine 30er-Zone ausgeschildert wird.

Frau Abg. Igel verweist darauf, dass es sich um eine „Viel-Lärm-Zone“ handelt und bisher jeder Lärm nur einzeln betrachtet wird. Deshalb bedarf es ihrer Meinung nach einer gesetzlichen Regelung dahingehend, dass die Lärme, die erzeugt werden, zusammen erfasst werden. Sie bittet die Landtagsabgeordneten darum, sich hierfür im Land bzw. beim Bund einzusetzen.

Herr Gärtner, Dezernent IV, informiert, dass er sich auch im Dialogforum Airport Berlin-Brandenburg für eine Gesamtlärbetrachtung einsetzt. Der Bürgermeister von Blankenfelde-Mahlow hat sich ebenso diesbezüglich an ihn gewandt. Er verweist darauf, dass es sich in dieser Gemeinde um eine absolute Sondersituation handelt und unterstützt den Vorschlag der Abgeordneten Frau von Schrötter.

Herr Abg. Wolny plädiert ebenfalls für eine Gesamtlärbetrachtung aller Verkehre. Letztendlich muss jedoch die Gemeinde beraten, ob die Maßnahme des Pflasteraustausches für den nächsten Haushalt machbar ist.

Herr Abg. Habermann merkt zur Feststellung von Herrn Wolny an, dass nicht alle Probleme durch die Gemeindevertretung gehen können und es sich bei diesem Problem um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handelt. Er verweist darauf, dass eine Lärmkartierung auf den Weg gebracht werden muss, um auf dieser Grundlage Entscheidungen treffen zu können.

Auf Nachfrage der Abg. Wehlan führt Herr Landrat Giesecke aus, dass die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow einen Brief der Verwaltung mit der Empfehlung erhalten wird, bis zu einer festgelegten Frist entsprechende bauliche Maßnahmen in der Ibsenstraße vorzusehen. Wenn diese Zusage gegeben wird, kann auch eine befristete Anordnung für eine 30-km/h-Zone erfolgen.

Frau Abg. Wehlan regt an, dass sich der Kreisausschuss zur Gesamtproblematik der Lärmbelastigung in Blankenfelde-Mahlow aufgrund der bevorstehenden Eröffnung des Großflughafens Schönefeld verständigen sollte.

Herr Abg. Wolny fragt nach der ausstehenden Antwort auf die Frage der CDU-Fraktion zu Rechtsberatungsleistungen in der Kreistagssitzung am 28. März 2011. Es wurde in Aussicht gestellt, dass bis Ende Juni 2011 ein Prüfbericht vorliegen soll. Er übergibt ein Schreiben der Fraktion an den Landrat.

Herr Landrat Giesecke wird im nichtöffentlichen Teil der Sitzung auf die Frage zu den Rechtsberatungsleistungen antworten.

TOP 4

Arbeitsgruppe zur strategischen Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung im Landkreis Teltow-Fläming (4-1014/11-LR)

Herr Landrat Giesecke begründet die Vorlage.

Frau Abg. Wehlan zeigt sich unzufrieden darüber, dass es nicht gelungen ist, die Arbeitsweise der Arbeitsgruppe bereits zum Anfang der Sommerpause auf den Weg zu bringen. Dadurch ist ein großer Zeitverlust entstanden.

Frau Abg. Igel macht deutlich, dass im Kreistag klar war, dass diese Arbeitsgruppe gebildet werden soll. Sie bedauert es außerordentlich, dass die CDU-Fraktion, die eigentlich die Arbeit schnell erledigt haben wollte, die Tätigkeit der Arbeitsgruppe bisher verhindert hat.

Herr Abg. Wolny merkt an, dass die Vorlage keine zeitliche Befristung für die Arbeitsgruppe vorsieht. Notwendig ist ein aktiver Geschäftsführer, der weiterhin seine Position in der SWFG so versteht, dass er sanieren möchte. Die CDU-Fraktion vermisst das konstruktive Herangehen, um die Probleme schnell zu lösen.

Frau Abg. Wehlan macht deutlich, dass ein Termin für das Ende der Arbeitsgruppe mit der Anstellung des neuen Geschäftsführers der SWFG gesetzt wurde.

Herr Abg. Lindner verweist auf die Beratungen im Ausschuss für Wirtschaft, der sich mit der Frage der Bildung einer Arbeitsgruppe intensiv beschäftigt hatte.

Herr Landrat Giesecke fasst zusammen, dass es Ziel der Arbeitsgruppe ist, ein Ergebnis in schriftlicher Form niederzulegen, welches dem Kreistag zugeht. Sollte der Kreistag dieses Ergebnis als Beschluss annehmen, wird die Arbeit der Arbeitsgruppe beendet sein.

Frau Abg. Igel macht darauf aufmerksam, dass in der Begründung der Vorlage enthalten ist, dass zuerst die SWFG betrachtet werden soll. Das würde bedeuten, dass weitere Themen zur wirtschaftlichen Ausrichtung des Kreises in der Arbeitsgruppe beraten werden. Deshalb ist ein Ende nicht festzuschreiben.

Herr Trebschuh, Wirtschaftsförderungsbeauftragter, informiert, dass im Wirtschaftsausschuss die Bildung der Arbeitsgruppe fraktionsübergreifend angeregt wurde. Von Anfang an war dabei klar, dass es um die zukünftige Gestaltung der Wirtschaftsförderung im Landkreis in ihrer Gesamtheit geht. Nur aufgrund der speziellen Situation der SWFG werden die Probleme zuerst behandelt.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag einstimmig, die Vorlage 4-0114/11-LR zu beschließen.

TOP 5

**Festlegung des Themas für den Neujahrsempfang des Landkreises Teltow-Fläming
2012 (4-1016/11-LR)**

Der Kreisausschuss beschließt:

Der Neujahrsempfang 2012 wird zum Thema Gesundheit durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

TOP 6

Führung von Rechtsstreitigkeiten

(4-0981/11-I)

Herr Albrecht, Dezernent I, erläutert die Vorlage. Da der Streitwert für das Klageverfahren der Stadt Zossen gegen den Kreisumlagebescheid 2009 durch das Gericht auf 100.000 € festgesetzt wurde, soll der Kreisausschuss sein Einverständnis dazu geben, das Verfahren gemeinsam mit einem Rechtsanwaltsbüro aus Berlin führen zu dürfen. Auch für das Jahr 2010 ist durch die Stadt Zossen eine Klage angekündigt. Grund der Klage ist die Auffassung der Bürgermeisterin, dass die Haushaltspläne und die Haushaltssicherungskonzepte des Landkreises unrechtmäßig zustande gekommen sind.

Frau Abg. von Schrötter fragt, ob sich der Beschluss erledigt hat, wenn Frau Schreiber im September 2011 nicht mehr zur Bürgermeisterin gewählt wird und die Stadt die Klage zurücknimmt.

Herr Albrecht bejaht dies. Wenn der Streitgegenstand nicht mehr existent ist, muss das Rechtsanwaltsbüro nicht tätig werden.

Auf Nachfrage der Abg. von Schrötter, ob mit der Beauftragung des Anwaltsbüros noch zwei Wochen gewartet werden kann, um eventuell Kosten zu sparen, führt Herr Albrecht aus, dass allein durch die Beauftragung des Anwaltes noch keine Kosten entstehen. Notwendig ist erst eine zu schließende Honorarvereinbarung. Wird der Anwalt nicht tätig, entstehen auch keine Kosten.

Herr Landrat Giesecke merkt an, dass der Hinweis der Abg. Frau von Schrötter aufgenommen und berücksichtigt wird.

Frau Abg. Wehlan fragt nach der konkreten Begründung der Bürgermeisterin für die Klage.

Herr Albrecht informiert, dass nach Meinung der Bürgermeisterin der Beschluss des Kreistages zur Haushaltssatzung 2009 unrechtmäßig zustande gekommen ist, weil zum Zeitpunkt der Beschlussfassung noch keine Eröffnungsbilanz vorlag. Deshalb wäre keine Grundlage für eine Erhebung der Kreisumlage vorhanden.

Der Kreisausschuss beschließt:

Gemäß § 13 Satz 2 Nr. 5 Hauptsatzung genehmigt der Kreisausschuss die Führung des anhängigen Rechtsstreits in dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren der Stadt Zossen ./ Landkreis Teltow-Fläming bezüglich deren Klage gegen den Kreisumlagebescheid 2009 durch die Anwaltskanzlei BTR Mecklenburg & Partner Berlin.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Der Vorsitzende des Kreisausschusses, Herr Landrat Giesecke, stellt den Ausschluss der Öffentlichkeit fest.

Nichtöffentlicher Teil

Luckenwalde, 1. September 2011

Peer Giesecke
Vorsitzender des Kreisausschusses